Wiesbaden:

Gerd-Ulrich Franz

im Gespräch mit Stadtrat Axel Imholz, Schul- und Kulturdezernent und Kämmerer in Wiesbaden

G.U. Franz: Ich freue mich, Sie aus Anlass dieses Gesprächs zur Wiesbadener Schullandschaft wiederzusehen.

Vor 35 Jahren setzten sich der SPD-Oberbürgermeister und die grüne Schuldezernentin vehement für die Einrichtung integrierter Gesamtschulen in Wiesbaden ein, sahen darin eine richtungweisende Entscheidung für die Schullandschaft – was ist daraus geworden, wie sieht es heute aus?

A. Imholz: *Nach der Neuerrichtung der IGS Kastellstraße 1988 wurden durch Umwandlung noch 4 weitere integrierte Gesamtschulen eingerichtet. Allerdings stagnierte diese Entwicklung aufgrund eines kleinen politischen Schulkampfs mit sehr konträren Positionen – die IGS einerseits als eine Schule für alle Kinder favorisiert, andererseits polemisch als „gleichmacherischer Fremdkörper" diffamiert und abgelehnt.*
In der Folge bestimmte ein pragmatischer „Burgfrieden" die weitere Entwicklung.
Den IGS wurde von den Gymnasien gerne die Rolle zugeschrieben, für jene eine Alternative zu sein, die mit deren Anforderungen nicht zurechtkämen. Politisch wurde ausgehandelt, dem Elternwunsch gleichermaßen durch Einrichtung von Gymnasien und IGS zu entsprechen. Zuletzt ein Gymnasium in Dotzheim und die Umwandlung der Kleistschule in die IGS Rheingauviertel. Die Hauptschulen wurden mangels Nachfrage geschlossen, eine Mittelschule und neu eingerichtete Hauptschulzweige an den Realschulen sichern heute die Aufnahme der Rückläufer von den Gymnasien …

G.U. Franz: Die öffentlichen Schulen der Stadt können und sollen ja das bestmögliche Lernen aller Kinder – und ein gelingendes Miteinander in der Stadtgesellschaft – weit über die Schule hinaus gewährleisten. Teilen Sie diese zweifache Aufgabe und sehen Sie sich als Verantwortlicher überhaupt imstande, dieser Funktion angemessen gerecht werden zu können?

A. Imholz: *Ich stimme Ihnen zu – diese Aufgaben bedürfen aber vor allem der Unterstützung durch eine planerische Berücksichtigung bei der Umsetzung durch die Schulverwaltung. Ein Beispiel hierfür ist die im Schulentwicklungsplan vorgesehene Errichtung einer gymnasialen Oberstufe in Kostheim – eben an der Wilhelm-Leuschner-Schule (IGS) und nicht an dem parallel zu errichtenden Mittelstufengymnasium in Kastel!*
Wir berücksichtigen dies auch bei der Planung neuer Stadtteile: In Bierstadt-Ost wollen wir auf einem Campus eine Grundschule und eine IGS errichten und damit allen Eltern aus Bierstadt ermöglichen, dort ihre Kinder von Klasse 1 bis Klasse 10 gemeinsam beschulen zu lassen …

G.U. Franz: Wie könnten Sie dabei die Einsicht stärken und ins gesellschaftliche Bewusstsein rücken, dass es hier eigentlich um den Einstieg in eine inklusive Schule geht? Viele politische Akteure ignorieren bis heute (nicht nur in Wiesbaden) den Umsetzungsauftrag aus dem Beschluss des Bundestags von 2009, eine inklusive Schule für alle Kinder in Deutschland aufzubauen.

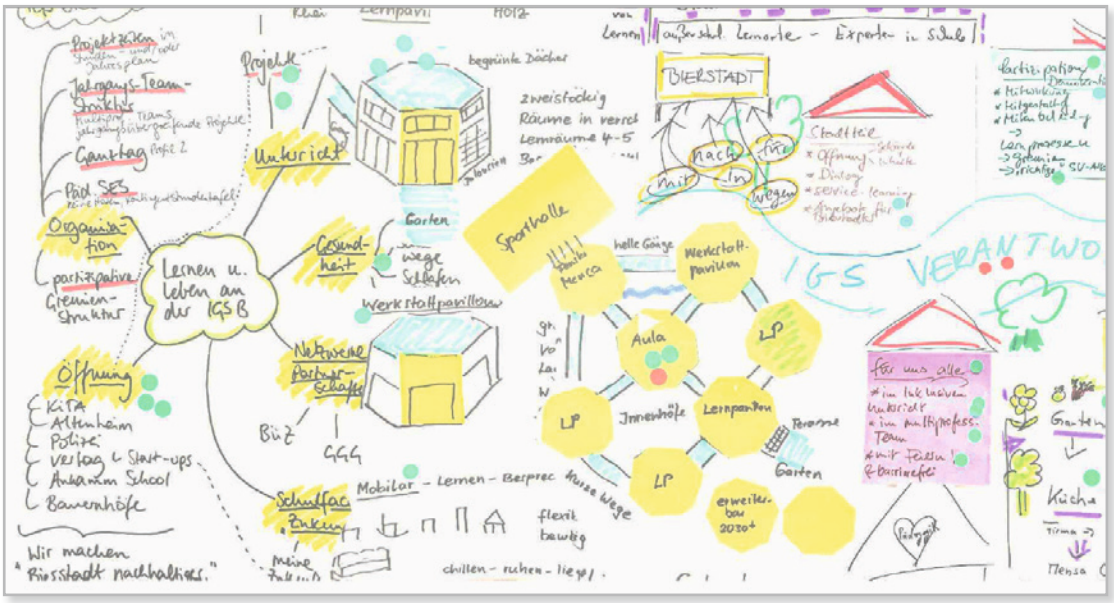
A. Imholz: *Durch gute Beispiele und ein gelungenes Angebot.*

G.U. Franz: Ein gelungenes Angebot? Die Errichtung von Gymnasien neben den Gesamtschulen untergräbt den Auftrag und die Qualität der IGS, die soziale Entwicklung der Stadt positiv zu beeinflussen – und fördert vor allem die falsche Einordnung der IGS in den Köpfen! Wie stehen Sie zu Ihrem begrenzten Einfluss auf Struktur und pädagogische Ausgestaltung?

A. Imholz: *Ja, wir haben nur sehr begrenzten Einfluss auf die Struktur und innere Ausgestaltung der Schulen, es gibt leider keine gesetzliche Regelung für die Kooperation mit dem dafür zuständigen Staatlichen Schulamt.*

G.U. Franz: Wäre da nicht eine Initiative angesagt, den Schulträgern hier weitergehende Beteiligung einzuräumen?

Lizenz: CC BY-NC-ND-4.0



Ausschnitt aus einer Planungschart der Arbeitsgruppe „Neue IGS", Wiesbaden

© Arbeitsgruppe „Neue IGS", Wiesbaden

Ich erinnere, dass z. B. der Städtetag 2010 in Aachen eine entsprechende Forderung aufgestellt hat.

A. Imholz: *In den Terminen mit den Schuldezernenten anderer Städte in Hessen standen in den letzten 2 Jahren die Pandemie und die Umsetzung des Digitalpaktes im Vordergrund, da blieb keine Zeit für solche Entwicklungsthemen, so wichtig ich es auch fände, hier gemeinsam eine stärkere Kooperation einzufordern.*

G.U. Franz: Also wie kommen wir voran, wenn wir die Bedeutung der IGS als „Pilotschule" für eine inklusive Sicht auf Schule und Gesellschaft hervorheben wollen?

A. Imholz: *Auch wenn ich ungern anderen die Aufgaben zuschiebe, für eine solche Sichtweise und deren gesellschaftliche Stärkung fehlt vor allem von der Landesebene ein entsprechendes Leitbild, eine veränderte Zielvorgabe für die Schule. Ich habe allerdings von keinem der letzten Kultusminister gehört, dass die IGS einen besonderen Stellenwert für die schulische Entwicklung im Lande hat, nicht einmal den gleichen wie die 3 anderen Schulformen.*

G.U. Franz: Okay, zum Abschluss – wie ist Ihre eigene, persönliche Position, wie sehen Sie die Perspektiven für die Wiesbadener Schullandschaft?

A. Imholz: *Als Schuldezernent stehe ich in der Pflicht, ein am Elternwillen orientiertes Schulangebot sicherzustellen. Ganz persönlich würde ich mir wünschen, dass die Schullandschaft in Hessen weniger selektiv ausgerichtet wird und das gemeinschaftliche Lernen in der Schulplanung Priorität bekommt.*

G.U. Franz: Herr Imholz, ich danke für das Gespräch und wünsche Ihnenviel Erfolg – im Interesse der Kinder, der IGS und der ganzen Stadtgesellschaft! Die GGG ist gerne bereit, Sie bei der konkreten Schulentwicklung vor Ort beratend zu unterstützen – z. B. auch bei der weiteren Planung einer gemeinsamen Grundschule und IGS von 1-10 im Wolfsfeld in Bierstadt ...

Axel Imholz

lebt seit 1971 in Wiesbaden, Studium der Publizistik, Politikwissenschaften und Deutscher Philologie in Mainz. Kommunal in vielfältig verschiedenen Funktionen in der SPD in Wiesbaden tätig. Seit 2013 Stadtkämmerer und seit 2017 auch Schul- und Kulturdezernent.

Lizenz: CC BY-NC-ND-4.0